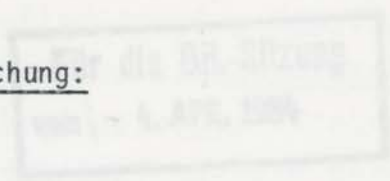


EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEL - 2 - FINANZE

5. das Eidg. Finanzdepartement wird beauftragt, dem schweizerischen Geschäftsträger in Washington die Instruktionen für die Uebermittlung seines Schreibens und der Beitrittsurkunde der Nationalbank an den Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungs fonds zu erteilen.

Veröffentlichung:
 Bundesblatt



Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Allgemeine Kreditvereinbarungen / Notifikation des Beitritts / Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe / Konsultationsverfahren zwischen Bund und Nationalbank / Berichterstattung an das Parlament

Am 14. Dezember 1983 haben die eidg. Räte den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) des Internationalen Währungs fonds verabschiedet. Vier Punkte sind in diesem Zusammenhang vom Bundesrat noch zu regeln:

- Vollzug des Beitritts (Artikel 1, Absatz 2 und Artikel 2 des Bundesbeschlusses)
- Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe
- Konsultationsverfahren zwischen Bund und Nationalbank

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
	X	EJPD	3	-
		EMD		
X		EFD	14	-
	X	EVD	5	-
		EVED		
X		BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 30. März 1984

Ausgeteilt

An die Mitglieder
 des Bundesrates

Für die BR.-Sitzung
 vom - 4. APR. 1984

Allgemeine Kreditvereinbarungen: Notifikation des Beitritts /
 Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe / Konsultations-
 verfahren zwischen Bund und Nationalbank / Berichterstattung
 an das Parlament

Am 14. Dezember 1983 haben die eidg. Räte den Bundesbeschluss
 über den Beitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kreditverein-
 barungen (AKV) des Internationalen Währungsfonds verabschiedet.
 Vier Punkte sind in diesem Zusammenhang vom Bundesrat noch zu
 regeln:

- Vollzug des Beitritts (Artikel 1, Absatz 2 und Artikel 2
 des Bundesbeschlusses)
- Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe
- Konsultationsverfahren zwischen Bund und Nationalbank
 (Artikel 1, Absatz 3)
- Berichterstattung an das Parlament (Artikel 1, Absatz 3)

1. Vollzug des Beitritts

Gemäss Entscheid des IWF-Exekutivrates vom 24. Februar 1983
 kann die Schweiz ihren Beitritt bis zum 30. April 1984 er-
 klären.

Bezüglich der Beitrittserklärung gibt es einen Unterschied

zwischen dem AKV-Abkommen und dem Bundesbeschluss. Gemäss diesem tritt die Schweiz den AKV bei (Artikel 1, Absatz 1) und der Bundesrat ist ermächtigt, den Beitritt zu erklären (Artikel 1, Absatz 2). Demgegenüber sieht Paragraph 3 c in Verbindung mit Paragraph 22 AKV auf den Fall Schweiz angewendet vor, dass die Nationalbank als teilnehmende Institution beim Fonds eine Urkunde hinterlegt, in der erklärt wird, dass sie in Uebereinstimmung mit den Gesetzen ihres Landes beitritt und alle erforderlichen Schritte unternommen worden sind, um die Regeln und Bedingungen des AKV-Beschlusses erfüllen zu können.

Um diesen unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden zu können, empfehlen wir folgendes Vorgehen: Der schweizerische Geschäftsträger in Washington übermittelt dem Geschäftsführenden Direktor des IWF ein Schreiben im Auftrag des Bundesrates (Beilage 1) und die zum Beitritt erforderliche Urkunde der Nationalbank (Beilage 2). Der Brief des schweizerischen Geschäftsträgers enthält die folgenden wichtigsten Elemente:

- Entscheid des Bundesrates, den Beitritt zu erklären;
- Hinweis auf die in der schweizerischen Gesetzgebung verankerten Grundsätze der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Wir sind der Meinung, dass mit der im Brief gefundenen Formulierung für die in der Schweiz gültigen entwicklungspolitischen Grundsätze sowohl die Anliegen der entwicklungspolitisch orientierten Kreise als auch jene der schweizerischen Wirtschaft berücksichtigt werden können. Der IWF, der informell über das vorgesehene Notifikationsverfahren informiert worden ist, kann der oben erwähnten Lösung zustimmen.

2. Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe

Bezüglich Vertretung in der Zehner-/Elfergruppe steht in der Botschaft geschrieben: "An den Verhandlungen der Zehnergruppe wird die Schweiz durch den Bund und die Nationalbank vertreten sein, wobei es angezeigt sein kann, dass ein Bundesrat die schweizerische Delegation anführt." (Seite 15, letzter Absatz).

Der erste Punkt, den es in diesem Zusammenhang zu regeln gilt, ist die Frage der Bundesvertretung in der Elfergruppe. Sie sollte keine Probleme bieten, lassen sich doch die bisherigen Mitglieder dieser Gruppe ebenfalls doppelt vertreten. Probleme könnten sich hingegen bezüglich des Niveaus ergeben. In einer Vielzahl von Sitzungen auf Ministeriebene wird nämlich neben internen Problemen der AKV die Diskussion vor allem über die IWF-Politik geführt. Die Schweiz als Nichtmitglied dieser Organisation wird sich dabei in der Regel eher zurückhalten. Zudem sind die Sitzungen oft sehr kurz und werden in erster Linie abgehalten, um die darauffolgenden Zusammenkünfte des Interimskomitees vorzubereiten. Es wird daher von Fall zu Fall zu entscheiden sein, ob sich der Bund auf Departementsvorsteher-Ebene vertreten lässt.

Was die Frage des für die Vertretung des Bundes zuständigen Departementes an betrifft, so kann darauf verwiesen werden, dass sich die anderen Mitglieder der Elfergruppe neben ihrem Notenbankgouverneur ausnahmslos durch ihren Finanzminister vertreten lassen. Dies entspricht auch der Verordnung über die Aufgaben der Departemente, Gruppen und Aemter (SR 172.010.15), welche die "Besorgung der internationalen Währungsangelegenheiten und der Beziehungen zu den internationalen Währungsorganisationen" dem Eidg. Finanzdepartement (Artikel 10, b; Artikel 11, 2i) überträgt. Ohne triftige Gründe ist von dieser Regelung, die sich in der Praxis eingespielt und bewährt hat, nicht abzuweichen. Der Bund soll deshalb in der

Elfergruppe durch den Vorsteher des Finanzdepartementes oder durch einen aus seinem Departement bezeichneten Vertreter Einsitz nehmen, soweit der Bundesrat nichts anderes beschliesst. Dies würde es dem Bundesrat erlauben, bei wichtigen Sitzungen der Elfergruppe den Vorsteher des Finanzdepartementes - im Verhinderungsfall oder wenn besondere Umstände es nahelegen - durch einen anderen Departementschef vertreten zu lassen.

Artikel 4 des BRB-Entwurfs (Beilage 3) sieht ausserdem für die Vertretung des Bundes bei Sitzungen der Elfergruppe auf Stellvertreterebene den vom Vorsteher des EFD bezeichneten Vertreter aus seinem Departement vor. Ueber den Beizug von Vertretern mitinteressierter Departemente wird im Rahmen des unter Artikel 2, Absatz 2, vorgesehenen interdepartementalen Konsultationsverfahren entschieden.

3. Konsultationsverfahren zwischen Bund und Nationalbank

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Nationalbank für die AKV-Angelegenheiten wird in Kapitel 54 der Botschaft wie folgt begründet und umschrieben: "Diese Zusammenhänge lassen es als selbstverständlich erscheinen, dass die Nationalbank bei der Durchführung der Teilnahme eng mit dem Bundesrat zusammenarbeitet. Dies um so mehr, als die Schweiz dem IWF nicht angehört und somit die Kreditpolitik des Fonds nicht in derselben Weise wie die Regierungen der übrigen AKV-Teilnehmer beeinflussen kann. Die Nationalbank wird deshalb namentlich in Grundsatzfragen ihren Standpunkt jeweils rechtzeitig mit den interessierten Departementen des Bundes abstimmen. Hiefür ist ein geeignetes Konsultationsverfahren zu schaffen, dessen Einzelheiten der Bundesrat nach Absprache mit der Nationalbank festlegt."

Hieraus lässt sich ableiten, dass das Konsultationsverfahren

- sich namentlich auf Prinzipienfragen bezieht;
- zwischen der Nationalbank und den mitinteressierten Departementen (EDA, EJPD, EVD) stattfindet und
- innert nützlicher Frist zu erfolgen hat.

Im Einvernehmen mit den interessierten Departementen und der Nationalbank schlagen wir folgende Lösung für das Konsultationsverfahren gemäss den Artikeln 2 und 3 des BRB über die Durchführung der Teilnahme an den AKV des IWF vor:

- Die Nationalbank orientiert das Finanzdepartement über die Traktanden, die in einer Sitzung der Elfergruppe auf Minister- oder Stellvertreterebene behandelt werden und liefert die dazu nötigen Unterlagen.
- Das EFD seinerseits orientiert die mitinteressierten Departemente sowie allenfalls den Bundesrat und stellt diesem wenn nötig Antrag. Es koordiniert die Haltung des Bundes und bringt diese der Nationalbank zur Kenntnis.
- Sollten sich die Meinungen des Bundes und der Nationalbank nicht vereinbaren lassen, so ist vorgesehen, dass eine Delegation des Bundesrates und das Direktorium der Nationalbank sich auf eine gemeinsame Haltung einigen, sofern es sich dabei um Traktanden handelt, die Abrufvorschläge und -begehren, Auslegungsfragen, Vorschläge und Beschlüsse für Änderungen der AKV, Begehren der Nationalbank um vorzeitige Rückzahlung ihrer Kredite betreffen (BRB, Artikel 3, Absatz 1). Das gleiche Verfahren findet auf ausdrücklichen Wunsch eines Bundesdepartementes auch für andere Traktanden von grundsätzlicher Bedeutung Anwendung (BRB, Artikel 3, Absatz 2).

4. Berichterstattung an das Parlament

Gemäss Bundesbeschluss (Artikel 1, Absatz 3, 3. Satz) unterrichtet der Bundesrat die eidg. Räte über die Beteiligung der Schweiz an den AKV. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates nannte zwar verschiedene Möglichkeiten für die Berichterstattung, überliess den Entscheid jedoch dem Bundesrat.

Für den Fall einer Aktivierung der AKV schlagen wir Ihnen vor, dem Parlament speziell Bericht zu erstatten. Dies lässt sich aus der Ueberlegung heraus rechtfertigen, dass die AKV nur in Fällen aktiviert werden können, in denen das internationale Währungssystem bedroht ist und bei dieser Gelegenheit auch die allgemeinen Informationsbedürfnisse der Parlamentarier befriedigt werden sollten. Hingegen würde es u.E. in der Regel genügen, über die anderen Arbeiten der Elfergruppe im Rahmen des Geschäftsberichtes zu informieren.

5. Ergebnis der Rücksprachen mit interessierten Bundesstellen

Im Vorverfahren wurden folgende Bundesstellen konsultiert:

- Politische Direktion
- Direktion für Völkerrecht
- Bundesamt für Justiz
- Bundesamt für Aussenwirtschaft.

Sie haben sich alle mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

6. Zustimmung des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

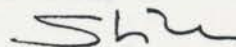
Das Direktorium der Nationalbank hat sich mit Beschluss vom 29. März 1984 mit dem vorliegenden Antrag ebenfalls einverstanden erklärt.

7. Aufgrund der gemachten Ausführungen stellen wir Ihnen den

A n t r a g ,

den beiliegenden Beschluss zu fassen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich

Beilagen:

- Beilage 1: Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds (d,f)
- Beilage 2: Brief des schweizerischen Geschäftsträgers an den Internationalen Währungsfonds (f)
- Beilage 3: Beitrittsurkunde der Nationalbank an den Internationalen Währungsfonds (f)
- Beilage 4: Pressemitteilung (d, f)

Veröffentlichung des BRB über die Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds im Bundesblatt

J'ai l'honneur de vous informer que l'Assemblée fédérale de la Confédération suisse a adopté, le 14 décembre 1961, un arrêté fédéral concernant l'adhésion aux Accords généraux d'emprunt du Fonds monétaire international. Par cet

Protokollauszug an: rouveré l'adhésion de la Suisse aux Accords

- EFD 14 (GS 7, WWT 3, RD 1, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA
- EJPD
- EVD

Le Conseil fédéral a décidé le ... de déclarer l'adhésion aux Accords généraux d'emprunt. Il a chargé de vous faire part de sa décision et de vous remettre l'acte établissant la participation de la Banque nationale suisse.

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse a chargé en outre le Conseil fédéral de porter à la connaissance du Fonds monétaire international les principes sur lesquels est fondée la législation suisse concernant la coopération internationale au développement. Selon ces principes, la coopération

P r o j e t

Au
Directeur général
du Fonds monétaire international

W a s h i n g t o n D.C.

Monsieur le Directeur général,

J'ai l'honneur de vous informer que l'Assemblée fédérale de la Confédération suisse a adopté, le 14 décembre 1983, un arrêté fédéral concernant l'adhésion aux Accords généraux d'emprunt du Fonds monétaire international. Par cet arrêté, elle a approuvé l'adhésion de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt et autorisé le Conseil fédéral à en faire la déclaration. L'Assemblée fédérale a désigné la Banque nationale suisse comme institution participante.

Le Conseil fédéral a décidé le de déclarer l'adhésion aux Accords généraux d'emprunt. Il m'a chargé de vous faire part de sa décision et de vous remettre l'acte établissant la participation de la Banque nationale suisse.

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse a chargé en outre le Conseil fédéral de porter à la connaissance du Fonds monétaire international les principes sur lesquels est fondée la législation suisse concernant la coopération internationale au développement. Selon ces principes, la coopération

au développement a pour buts de soutenir les efforts des pays en développement en vue d'améliorer les conditions de vie de leurs populations, en particulier des groupes de population les plus défavorisés; de contribuer à mettre ces pays en mesure d'assurer leur développement par leurs propres forces; de tendre, à long terme, vers un meilleur équilibre au sein de la communauté internationale. Lorsque le Parlement a approuvé l'adhésion de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt, il l'a fait dans l'attente que les programmes d'ajustement régulièrement requis par le Fonds monétaire international déploient des effets favorables à la réalisation des buts précités. Cela implique notamment que ces programmes permettent l'entretien et le développement de l'appareil de production à long terme et que les couches les plus défavorisées de la population n'aient pas à supporter une part excessive du fardeau de l'ajustement.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur général, l'assurance de ma haute considération.

Chargé d'Affaires de Suisse

8022 Zurich, le

Bundesratsbeschluss

Über die Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen

Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds

vom

Projet

Der Schweizerische Bundesrat

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3

14. Dezember 1983¹⁾ über den Beitritt

zur Kreditvereinbarung des Internationalen Währungsfonds,

nach Absprache mit der Schweizerischen Nationalbank,

beschlossen:

Monsieur Jacques de Larosière
 Directeur général et
 Président du Conseil
 d'administration
 Fonds monétaire international

Washington D.C. 20431

U.S.A.

Monsieur le Directeur général,

Nous avons l'honneur de vous communiquer que les Autorités suisses ont mené à bonne fin la procédure interne visant à autoriser la Banque nationale suisse à devenir institution participante aux Accords généraux d'emprunt selon la décision No 1289-(62/1), amendée par la décision No 7337-(83/37) du Conseil d'administration.

Conformément à la législation de la Confédération suisse et notamment à la Loi sur la Banque nationale suisse et aux règlements de cette dernière, la banque adhère, par la présente, aux décisions précitées et souscrit à un arrangement de crédit d'un montant de 1'020 millions de DTS. La Banque nationale suisse a pris toutes les mesures nécessaires pour être à même de satisfaire aux termes et conditions de ces décisions.

Veillez, Monsieur le Directeur général, agréer l'assurance de notre haute considération.

Fritz Leutwiler

Président de la
 Direction générale de la
 Banque nationale suisse

Pierre Languetin

Vice-Président de la
 Direction générale de la
 Banque nationale suisse

Bundesratsbeschluss
über die Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen
Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds
vom

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Bundesbeschlusses vom
14. Dezember 1983¹⁾ über den Beitritt zu den Allgemeinen Kre-
ditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds,
nach Absprache mit der Schweizerischen Nationalbank,
beschliesst:

Art. 1 Orientierung

Die Schweizerische Nationalbank gibt dem Eidgenössischen Finanz-
departement umgehend Kenntnis von:

- a. Abrufvorschlägen und -begehren des Geschäftsführenden
Direktors gegenüber der Nationalbank nach den Paragraphen 7
Buchstabe a, 11 Buchstabe e und 21 der Allgemeinen Kredit-
vereinbarungen (AKV);
- b. Auslegungsfragen, die nach dem Paragraphen 20 AKV zwischen
dem Internationalen Währungsfonds und den Teilnehmern zu
regeln sind;
- c. Vorschlägen und Beschlüssen für Aenderungen der AKV (Bei-
tritt neuer Teilnehmer, § 3; Aenderungen der Beiträge, § 5;
andere Aenderungen, § 15; Laufzeitverlängerungen mit oder
ohne Aenderungen des übrigen Textes, § 19);
- d. allen Traktanden der Elfergruppe, die nicht unter die Buch-
staben a, b und c fallen.

1) BBl 1983 IV 604

Art. 2 Aufgaben des Finanzdepartementes

¹Das Finanzdepartement besorgt die Beziehungen des Bundes zur Nationalbank.

²Es orientiert und konsultiert die mitinteressierten Departemente (EDA, EJPD, EVD) und koordiniert die Haltung des Bundes gegenüber der Nationalbank. Konsultationen über Traktanden nach Artikel 1 Buchstabe d finden nur statt, wenn ein Departement dies verlangt.

Art. 3 Schweizerische Stellungnahmen und Begehren

¹Stellungnahmen der Nationalbank gegenüber andern AKV-Teilnehmern und dem Internationalen Währungsfonds sowie Stellungnahmen der schweizerischen Vertreter an den Sitzungen der Elfergruppe zu Gegenständen nach Artikel 1 Buchstaben a, b und c und zu Begehren der Nationalbank um vorzeitige Rückzahlung ihrer Kredite (§ 11 Bst. e AKV) erfordern das vorgängige Einvernehmen zwischen der Nationalbank und dem Bund.

²Das vorgängige Einvernehmen ist auch für andere Traktanden der Elfergruppe von grundsätzlicher Bedeutung erforderlich, wenn ein Departement dies verlangt.

³Können sich das Finanzdepartement und die Vertreter der Nationalbank nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen, stellen eine Delegation des Bundesrates und das Direktorium der Nationalbank das Einvernehmen her.

Annexe 3

Protet

Art. 4 Vertretung in der Elfergruppe

Die beiden Vertreter der Schweiz in der Elfergruppe sind,

a. bei Sitzungen auf Ministerebene,

- der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes oder der von ihm bezeichnete Vertreter aus seinem Departement, soweit der Bundesrat nichts anderes beschliesst;

- der Präsident des Direktoriums der Nationalbank oder der vom Direktorium bezeichnete Vertreter;

b. bei Sitzungen auf Stellvertreterebene,

- der vom Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes bezeichnete Vertreter aus seinem Departement;

- der vom Direktorium der Nationalbank bezeichnete Vertreter.

Art. 5 Inkrafttreten

Dieser Bundesratsbeschluss tritt mit dem Beitritt der Nationalbank zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen in Kraft und gilt für die Dauer der Teilnahme.

a. Les propositions et demandes d'appel de fonds du directeur général à l'adresse de la Banque nationale, conformément aux paragraphes 7, lettre a, II, lettre c, et 21 des Accords généraux d'emprunt (AGE);

b. Les questions d'interprétation à régler, au sens du paragraphe 20 AGE, entre le Fonds monétaire international et les participants;

Annexe 3Projet

Arrêté du Conseil fédéral
sur la participation de la Suisse aux Accords
généraux d'emprunt du Fonds monétaire international
du

Le Conseil fédéral,

vu l'article 1er, 3e alinéa, de l'arrêté fédéral du 14 décembre 1983¹⁾ concernant l'adhésion de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt du Fonds monétaire international et après entente avec la Banque nationale,

arrête:Article premier Information

La Banque nationale porte sans tarder à la connaissance du Département fédéral des finances:

- a. Les propositions et demandes d'appel de fonds du directeur général à l'adresse de la Banque nationale, conformément aux paragraphes 7, lettre a, 11, lettre e, et 21 des Accords généraux d'emprunt (AGE);
- b. Les questions d'interprétation à régler, au sens du paragraphe 20 AGE, entre le Fonds monétaire international et les participants;

1) FF 1983 IV 609

- c. Les propositions et décisions portant modification des AGE (adhésion de nouveaux participants, § 3, les modifications apportées aux montants des accords de crédit, § 5, les autres modifications, § 15 et les prorogations de validité assorties ou non de modifications apportées au reste du texte, § 19);
- d. Tous les points de l'ordre du jour du Groupe des Onze qui ne tombent pas sous le coup des lettres a, b et c.

Art. 2 Tâches du Département des finances

¹Le Département des finances assure les relations de la Confédération avec la Banque nationale.

²Il informe et consulte les autres départements intéressés (DFAE, DFJP, DFEP) et définit la position de la Confédération à l'intention de la Banque nationale. Les points à l'ordre du jour du Groupe des Onze au sens de l'article 1er, lettre d, ne font l'objet de consultations qu'à la demande expresse d'un département.

Art. 3 Avis et demandes de la Suisse

¹Les avis de la Banque nationale adressés à d'autres participants aux AGE et au Fonds monétaire international ainsi que les avis exprimés par les représentants suisses lors des séances du Groupe des Onze afférents aux objets définis à l'article 1er, lettres a, b et c, et aux demandes de la Banque nationale en vue du remboursement anticipé de ses crédits (§ 11, let. e, AGE) nécessitent un accord préalable entre la Banque nationale et la Confédération.

²L'accord préalable est également requis pour d'autres points importants de l'ordre du jour du Groupe des Onze lorsqu'un département en fait la demande.

³ Si le Département des finances et les représentants de la Banque nationale ne parviennent pas à s'entendre sur une attitude commune, il incombe à une délégation du Conseil fédéral et à la direction générale de la Banque nationale de trouver un terrain d'accord.

Art. 4 Représentation au sein du Groupe des Onze

Les deux représentants de la Suisse au sein du Groupe des Onze sont,

- a. Lors des séances au niveau des ministres,
- le chef du Département fédéral des finances ou le représentant par lui désigné au sein de son département, sauf décision contraire du Conseil fédéral;
 - le président de la direction générale de la Banque nationale ou le représentant désigné par la direction générale;
- b. Lors de séances au niveau des suppléants,
- le représentant désigné par le chef du Département fédéral des finances au sein de son département;
 - le représentant désigné par la direction générale de la Banque nationale.

Art. 5 Entrée en vigueur

Le présent arrêté du Conseil fédéral entre en vigueur au moment de l'adhésion de la Banque nationale aux Accords généraux d'emprunt et a effet pendant toute la durée de la participation suisse.

PressemitteilungBeitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen

Am 14. Dezember 1983 haben die eidg. Räte den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) des Internationalen Währungsfonds (IWF) verabschiedet. Der Bundesrat hat nun von seiner Kompetenz, den AKV beizutreten, Gebrauch gemacht.

Die schweizerische Botschaft in Washington wird beauftragt, dem Geschäftsführenden Direktor des IWF diese Entscheidung in einem Brief mitzuteilen. Darin wird, in Erfüllung von Art. 2 des Bundesbeschlusses über den Beitritt zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen, auf die Grundsätze des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe hingewiesen, die bei Aktionen zugunsten von Entwicklungsländern beachtet werden sollen.

Teilnehmende Institution der AKV wird die Schweizerische Nationalbank. Durch den Beitritt zu den AKV wird die Schweiz Mitglied der sog. Zehnergruppe, welche die an den AKV beteiligten Länder umfasst. Die Zehnergruppe, der unser Land bisher als Beobachter angehörte, befasst sich nicht nur über die Inanspruchnahme der AKV, sondern sie befasst sich auch mit allgemeinen Fragen der Währungspolitik. Zudem entwickelte sie sich im Laufe der Jahre formlos zu einem Forum, in welchem sich die Industrieländer über die zentralen im IWF behandelten Fragen soweit als möglich absprechen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Communiqué de presseAdhésion de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt

Les Chambres ont adopté le 14 décembre 1983 l'arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt (AGE) du Fonds monétaire international (FMI). Faisant usage de la compétence qui lui a été ainsi conférée, le Conseil fédéral a décidé de procéder à cette adhésion.

Notre ambassade à Washington est chargée de communiquer cette décision par écrit au directeur général du FMI. Conformément à l'article 2 de l'arrêté précité, cette lettre fera mention des principes établis par la loi fédérale sur la coopération internationale au développement et l'aide humanitaire, principes qui doivent être observés lors de campagnes en faveur des pays en développement.

C'est la Banque nationale qui aura qualité d'institution participante aux AGE. En adhérant aux AGE, la Suisse deviendra membre du "Groupe des Dix", constitué par les pays signataires de ces accords. Ce groupe, dans lequel la Suisse n'avait jusqu'ici qu'un statut d'observateur, s'occupe non seulement de l'application des AGE, mais aborde également des problèmes plus généraux de politique monétaire. Au fil des ans, il est devenu un forum où les pays industrialisés s'efforcent de rapprocher leurs points de vue sur les questions clés débattues au FMI.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
Service de presse et d'information

EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 3. April 1984

Allgemeine Kreditvereinbarungen: Notifikation des Beitritts /
 Schweizerische Vertretung in der Elfergruppe / Konsultations-
 verfahren zwischen Bund und Nationalbank / Berichterstattung
 an das Parlament

Aufgrund des Antrages des EFD vom 30. März 1984
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

Der Bundesrat, gemäss Artikel 1, Absatz 1, 2 und 3 und Artikel 2
 des Bundesbeschlusses über den Beitritt der Schweiz zu den Allge-
 meinen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds,

1. erklärt den Beitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kredit-
 vereinbarungen des Internationalen Währungsfonds;
2. nimmt zustimmend Kenntnis von der Beitrittsurkunde der Na-
 tionalbank;
3. genehmigt den im Namen des Bundesrates vom schweizerischen
 Geschäftsträger in Washington zu übermittelnden Brief an den
 Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds;
4. genehmigt den Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die
 Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen Kreditvereinba-
 rungen des Internationalen Währungsfonds;
5. beauftragt das Eidg. Finanzdepartement, dem schweizerischen Ge-
 schäftsträger in Washington die Instruktionen für die Uebermitt-
 lung seines Schreibens und der Beitrittsurkunde der Nationalbank
 an den Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungs-
 fonds zu erteilen.

Veröffentlichung des BRB über
 die Durchführung der Teilnahme
 an den Allgemeinen Kreditver-
 einbarungen des Internationalen
 Währungsfonds im Bundesblatt

1. Artikel 4 Buchstabe b 1. Titel wird wie folgt ergänzt:

... aus seinem Departement; über die Für getreuen Auszug,
 mitinteressierter Departemente wird der Protokollführer:
 2. Abs. 2 vorgesehenen Konsultationsverfahrens entschieden;



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 3. April 1984

Ausgeteilt

**Für die BR.-Sitzung
 vom - 4. APR. 1984**

An den

B u n d e s r a t

Allgemeine Kreditvereinbarungen /
 Aenderungen in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 4
 Buchstabe b 1. Tired des Bundesratsbeschlusses

Aufgrund eines Missverständnisses sind Textentwürfe für den Bundesratsbeschluss über die Durchführung der Teilnahme an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen unserem Antrag vom 30. März beigelegt worden, die teilweise inkorrekt sind. Wir stellen Ihnen daher den

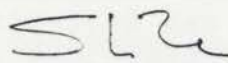
A n t r a g :

1. In Artikel 2 Absatz 2 wird der letzte Satz ("Konsultationen über Traktanden nach Artikel 1 Buchstabe d finden nur statt, wenn ein Departement dies verlangt." / "Les points à l'ordre du jour du Groupe des Onze au sens de l'article 1er, lettre d, ne font l'objet de consultations qu'à la demande expresse d'un département.") fallengelassen.
2. Artikel 4 Buchstabe b 1. Tired wird wie folgt ergänzt:
 ... aus seinem Departement; über den Beizug von Vertretern mitinteressierter Departemente wird im Rahmen des unter Art. 2, Abs. 2 vorgesehenen Konsultationsverfahrens entschieden;

... de son département; pour ce qui est de l'appel à des représentants d'autres départements intéressés, la décision est prise dans le cadre de la procédure de consultation prévue à l'article 2, 2e alinéa;

Politische Direktion, Direktion für Völkerrecht, Bundesamt für Justiz und Bundesamt für Aussenwirtschaft sind mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT


Stich

Protokollauszug an:

- EFD 14 (GS 7, WWT 3, RD 1, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA
- EJPD
- EVD

-4. April 1984

Allgemeine Kreditvereinbarungen /
 Aenderungen in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 4
 Buchstabe b 1. Tired des Bundesratsbeschlusses

Aufgrund des Antrages des EFD vom 3. April 1984
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens,

wird beschlossen:

1. In Artikel 2 Absatz 2 wird der letzte Satz ("Konsultationen über Traktanden nach Artikel 1 Buchstabe d finden nur statt, wenn ein Departement dies verlangt." / "Les points à l'ordre du jour du Groupe des Onze au sens de l'article 1er, lettre d, ne font l'objet de consultations qu'à la demande expresse d'un département.") fallengelassen;
2. Artikel 4 Buchstabe b 1. Tired wird wie folgt ergänzt:
 ... aus seinem Departement; über den Beizug von Vertretern mitinteressierter Departemente wird im Rahmen des unter Art. 2, Abs. 2 vorgesehenen Konsultationsverfahrens entschieden;
 ... de son département; pour ce qui est de l'appel à des représentants d'autres départements intéressés, la décision est prise dans le cadre de la procédure de consultation prévue à l'article 2, 2e alinéa;

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollführung 1984
 2. Klasse / 2. Klasse mit Beilage

Nr.	Abk.	Dept.	All.	Stimm.
	X	EPA	6	1
	X	ED	2	1
	X	EPO	2	1
	X	ENO	4	1
	X	EPO	14	1
	X	EVO	5	1
	X	EVO	5	1
	X	SK	1	1
	X	SPX	1	1
	X	Fo. Gd.	1	1